

13. JAHRESBERICHT 2008



Vorwort

Die Umsetzung von einschneidenden Reformen ist bekanntlich eine nicht ganz einfache Aufgabe in einer pluralistischen Demokratie. Während in Phasen des Konjunkturaufschwungs der Bedarf für Reformen in Politik, Wirtschaft und Bevölkerung und auch in den Medien oft vernachlässigt wird, fehlt in rezessiven Phasen der Mut für Eingriffe in bewährte Strukturen. Reformen werden deshalb immer wieder auf den nächsten Konjunkturzyklus hinausgeschoben, entweder mit dem Argument „wir sind doch gut unterwegs“ oder „jetzt kann man die Wirtschaft nicht noch zusätzlich belasten“.

Weil das Wirtschaftsforum ausserhalb des Tagesgeschäfts agiert, kann es sich an langfristig notwendigen strukturellen Veränderungen orientieren und Lösungen präsentieren, die unabhängig vom Konjunkturzyklus sind. Mit den beiden Studien *Strom – Bündner Exportprodukt mit Zukunft* und *Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010, Rückblick und Ausblick* haben wir uns einmal mehr mit zentralen Herausforderungen der Volkswirtschaft Graubünden auseinandergesetzt und Vorschläge für die weitere Optimierung unserer wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen präsentiert.

Wir würden uns freuen diese Ideen mit Ihnen weiterzuentwickeln.

Alois Vinzens

Präsident

Peder Plaz

Geschäftsführer

Inhaltsverzeichnis

1 Denkwerkstatt Wirtschaftsforum Graubünden in Kürze	5
2 Aktivitäten 2008	7
2.1 Update Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010	7
2.2 Potenzial Wasserkraft: Wachstumschancen für den Kanton Graubünden	9
2.3 Neue Wege in der Zweitwohnungspolitik	12
2.4 Inputreferate und Workshops 2008	15
2.5 Ausblick 2009	16
3 Publikationen und Website	17
3.1 Publikationen	17
3.2 Website www.wirtschaftsforum-gr.ch	18
4 Organisation	19
4.1 Ansprechpartner	19
4.2 Unsere Geldgeber	19
4.3 Stiftungsrat	20
4.4 Patronatskomitee	21

1 Denkwerkstatt Wirtschaftsforum Graubünden in Kürze

Positionierung

Das Wirtschaftsforum Graubünden wurde 1995 als „Stiftung zur Förderung der Bündner Wirtschaft“ ins Leben gerufen. Die Plattform in Form einer Public Private Partnership sollte insbesondere neue Impulse für die Wirtschaftsförderung und das Ansiedlungsgeschäft im Kanton Graubünden geben.

In der Zwischenzeit wurde im Kanton Graubünden die kantonale Wirtschaftsförderung mit neuen Instrumenten und gesetzlichen Grundlagen verstärkt. Entsprechend den veränderten Bedürfnissen hat sich die Gewichtung der Themenfelder des Wirtschaftsforums verschoben. In den letzten Jahren hat es sich zusehends zu einem „intellektuellen Zulieferer“ von Wirtschaft und Politik in Graubünden entwickelt. Für diese Rolle ist das Wirtschaftsforum – aufgrund seiner Erfahrung und spezifischen Kompetenzen in wirtschaftspolitischen Themen, seiner politischen Unabhängigkeit und organisatorischen Flexibilität sowie dem auch in Graubünden latent vorhandenen Bedürfnis nach Think-Tanks – prädestiniert.

Das Wirtschaftsforum Graubünden nimmt seine Rolle als **Denkwerkstatt der Bündner Wirtschaft** wie folgt wahr:

Vision	Unabhängige Denkwerkstatt für die volkswirtschaftliche Entwicklung Graubündens (Think-Tank).
Mission	Erkennen und Aufnehmen von künftigen Trends (Chancen und Risiken) für die Volkswirtschaft Graubündens. Vorwegnahme und Mitgestaltung von wirtschaftspolitischen Diskussionen, um die Standortvoraussetzungen für die Wirtschaft in Graubünden zu verbessern.
Kernaufgaben	<p>Agenda Setting: Erörtern und Definieren von relevanten Themen und Fragen in Bezug auf die künftige Entwicklung der Volkswirtschaft Graubünden.</p> <p>Diskussionsgrundlagen: Erarbeiten von unabhängigen, auf Graubünden bezogenen Grundlagen für die Diskussion der definierten Themen (Orientierungswissen schaffen).</p> <p>Vorschläge und Ideen: Vorschläge und Ideen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und Gesellschaft in Graubünden auf Basis von Grundlagen und Konzeptideen zur Diskussion stellen.</p> <p>Dialog führen: Aktive Suche nach Dialogpartnern und Gestalten von Dialogplattformen zur Wissensaufbereitung und -vermittlung.</p>

Leistungsauftrag

Das **Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010** und der **Leistungsauftrag des Kantons Graubünden** bilden die Leitplanken für die Aktivitäten und Themen des Wirtschaftsforums. Übergeordnetes Ziel ist die Sensibilisierung von Bevölkerung, Politik und Wirtschaft für wesentliche Herausforderungen des Wirtschaftsstandortes Graubünden. Auf diese Weise soll der Boden für Massnahmen der kommunalen, regionalen und kantonalen Standortentwicklung bereitet werden.

Im Rahmen des Leistungsauftrags werden die Schwerpunkte der Tätigkeit jeweils gemeinsam mit dem Kanton definiert. Aktuell sind dies die folgenden: *Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010* und dessen Aktualisierung, *neue Wege in der Zweitwohnungspolitik*, *Wachstumspotenziale der Elektrizitätsexportwirtschaft* sowie die *Prüfung der Machbarkeit einer Tiefsteuerpolitik* in Graubünden.

Die Forschungslabore der Politik: Vom Nutzen von Think-Tanks

von Gerhard Schwarz

Sind sogenannte Think-Tanks eine bloss Modeerscheinung, oder sind sie notwendige Ingredienz einer lebendigen Politik? Zum Abschluss der von Avenir Suisse und dem Liberalen Institut organisierten, mit rund zwanzig Ausstellern und erstaunlich vielen Teilnehmern gut besuchten ersten Ideenmesse für liberale, marktwirtschaftlich orientierte Schweizer Think-Tanks im Zürcher Technopark (vgl. NZZ 29.10.04) waren sich an einem Podiumsgespräch (fast) alle einig, dass Think-Tanks mehr als eine Modeerscheinung sind. Rudolf Strahm profilierte sich zwar (nicht als Preisüberwacher, sondern als Privatperson) mit der These, im besonderen Avenir Suisse sei Ausdruck der neoliberalen Gegenbewegung und eine Lobby-Organisation der Geldgeber.

Sowohl Doris Fiala (fdp.) und der frühere CVP-Präsident Adalbert Durrer als auch Robert Nef vom Liberalen Institut wussten den Vorwurf indessen überzeugend zu kontern. Think-Tanks seien keine Eunuchen, sondern Institute mit weltanschaulichen Positionen. Es sei dann an den Politikern, aus dem Angebot an Ideen und Studien auszuwählen und sich für etwas zu entscheiden. Dass im Übrigen Avenir Suisse durchaus auch Themen aufgreift und Positionen bezieht, die gewiss nicht allen der rund fünfzehn Geldgeber passen, dürfte jedem Beobachter klar sein. Etwas abstrus wirkte der Vorschlag von Barbara Polla, die lange Zeit für die Genfer Liberalen im Nationalrat gesessen hatte, die Zusammensetzung eines Think-Tanks müsse ideologisch breiter sein.

Fiala wies zu Recht darauf hin, dass die Kompromisse das Geschäft der Politik seien und nicht schon in den Ideen-Agenturen vorgenommen werden dürften. Auch Nef plädierte dafür, in den Think-Tanks die Dinge zu Ende zu denken, also radikal, konsistent und konsequent zu argumentieren. Das Zurückbuchstabieren sei dann Aufgabe der Politik.

Vor der Podiumsdiskussion hatte Urs Schoettli, China-Korrespondent der NZZ, mit einigen pointierten Aussagen die Diskussion angeregt. Er bemängelte das geradezu archaische Entwicklungsstadium der Schweizer Politik, die intellektuelle Magerexistenz der Parteien und eine staatliche Personalpolitik, die einem das Gefühl vermittele, Politik und Wirtschaft bewegten sich in zwei unterschiedlichen Jahrhunderten. Schoettli hält Think-Tanks für die "Forschungslabore" der Politik, die vorab in den USA und Grossbritannien zu intellektuell quicklebendigen Gesellschaften beigetragen hätten. Sie sind in seinem und im Urteil anderer keine akademischen Spielwiesen, sondern praxisnah und praxisrelevant, nicht zuletzt, weil vor allem in den USA eine Osmose zwischen Universitäten, der aktiven Politik und den Think-Tanks besteht. Der Vorteil von Think-Tanks sei, dass die Organe nicht demokratisch bestimmt würden und nicht ständig Wahlen ausgesetzt seien. Beides erlaube Weitsicht und Langfristigkeit, die Vermeidung von Fraktionskämpfen und eine grössere, nicht auf Popularitäts-Erwägungen schielende Kompromisslosigkeit.

Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 30. Oktober 2004

2 Aktivitäten 2008

Im Folgenden werden die wichtigsten Projekte und Themen des Berichtsjahres kurz dargestellt.

2.1 Update Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010

Beschreibung

Gemeinsam mit Vertretern der Bündner Wirtschaft hat das Wirtschaftsforum Graubünden die Stossrichtungen des 2004 veröffentlichten *Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010* aus heutiger Sicht überprüft und kommentiert. Die Stossrichtungen besitzen weiterhin ihre Gültigkeit, jedoch hat sich insgesamt der Reformbedarf seit 2004 erhöht. Fazit der Analyse: Der Kanton Graubünden steht vor grossen Herausforderungen.

Der Bericht kommt zum Schluss, dass ein **jährliches Wirtschaftswachstum von mindestens 2% notwendig ist, um Arbeitsplätze sicherzustellen** und die Bevölkerungszahl zumindest konstant zu halten. Aufgrund der Reaktionen auf das ehrgeizige Ziel, und damit die entsprechenden Massnahmen rasch, konsequent und auf breiter Ebene eingeleitet werden können, schlägt das Wirtschaftsforum Graubünden vor, die Stossrichtungen zu einem **Wachstumspaket** zu verdichten.

Stand der Arbeiten

Am 12. November 2008 wurde der Bericht *Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010, Rückblick und Ausblick* anlässlich der Generalversammlung der Handelskammer und des Arbeitgeberverbandes Graubünden durch ein Referat von Dr. Christian Hanser vorgestellt. Die Resonanz von Politik und Medien (Print-, Radio und Fernsehmedien) innerhalb des Kantons auf das Postulat war gross – die in Referat und Manifest geäusserte Kritik an Tempo und Ausrichtung der Politik löste widersprüchliche Reaktionen aus.

Trotz oder wegen der widersprüchlichen Reaktionen stiess die Publikation auf grosses Interesse. Insgesamt wurden ca. 1'400 Berichte/Referate bis Ende Jahr versandt. Die Aufgabe des Wirtschaftsforums Graubünden als Denkwerkstatt ist es nun, die öffentliche Diskussion auf Anfrage weiterhin mit relevantem Wissen und Informationen zu versorgen sowie die weitere Entwicklung zu beobachten und zu interpretieren.

Graubünden gerät zunehmend ins wirtschaftliche Abseits

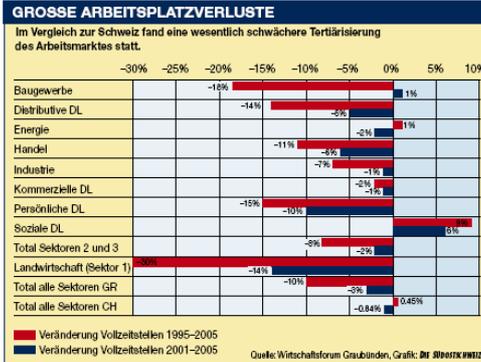
Bevölkerungswachstum und ausreichend Arbeitsplätze gibt es in Graubünden nur dann, wenn die Wirtschaft künftig pro Jahr um zwei Prozent wächst. So steht es im überarbeiteten Bündner Wirtschaftsleitbild.

Von Dario Morandi

Chur – Glaubt man dem Inhalt des überarbeiteten Wirtschaftsleitbildes Graubündens 2010, sieht die Zukunft für die einheimische Wirtschaft nicht gerade rosig aus. Grund: Sie gerät mangels Wachstum zunehmend ins Hintertreffen. Wachstum gibt es nur noch im Churer Rheintal, in den übrigen Regionen stagniert dieses oder ist gar rückläufig. Im Vergleich zu anderen Regionen steht Graubünden heute nach Ansicht der Experten des Wirtschaftsforums Graubünden, die das Leitbild überarbeitet haben, schlechter da als vor zehn Jahren. Auch kommen sie zum Schluss, dass die Bemühungen von Wirtschaft und Politik «nicht ausreicht haben, um die Stellung im Wettbewerb zu halten».

Die Folge davon: Nachbarregionen wie das Tirol (Österreich) oder das Südtirol (Italien), die zu Beginn der Neunzigerjahre bezüglich ihrer volkswirtschaftlichen Entwicklung noch weit abgeschlagen hinter Graubünden lagen, haben inzwischen nicht nur aufgeholt. Mehr noch: Sie haben Graubünden überholt. Angesichts dieser Entwicklung schlagen die Wirtschaftskapitane Alarm und fordern die Politik auf, ein wirtschaftspolitisches Wachstumspaket zu schnüren (Ausgabe vom Donnerstag).

Bisher vernachlässigt worden
Die sich anbahnende konjunkturelle Baisse könne sich für die Wirtschaft fatal auswirken, da in verschiedenen Politikbereichen der Wachstumsaspekt bisher vernachlässigt oder nicht ausreichend beachtet worden sei, schreiben die Vertreter der Dachorganisationen der Bündner Wirtschaft in ihrem Manifest, das sie der



Regierung ausgehändigt haben. Und dies nicht ohne Grund: Die Wirtschaftsvertreter sehen sich mit einem «beträchtlichen Reformstau» konfrontiert. Es fehle eine Gebietsreform, eine wertschöpfungsorientierte Zweitwohnungspolitik und in den Tourismuszentren an genügend Bau-

flächen für den Bau von kommerziellen Beherbergungszentren.

Nicht mithalten können
Nicht nur das Wirtschaftsforum ortet ein unzureichendes Wachstum. Auch die Unternehmer selber sprechen in diesem Zusammenhang klare Worte.



Dringender Handlungsbedarf: Präsident Ludwig Locher (links) und Sekretär Marco Ettisberger wollen nicht auf göttliche Eingebungen warten, um die Bündner Wirtschaft fit zu trimmen.

Bild: Jo Diener

Graubünden habe mit der guten konjunkturellen Entwicklung, die der Schweiz Wachstumsraten bis zu drei Prozent gebracht habe, nicht mithalten können, musste Ludwig Locher, Präsident von Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden (HK), vor wenigen Tagen an der Jahresversammlung seines Verbandes eingestehen. Auch habe Graubünden im Vergleich mit anderen Regionen «überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze verloren».

Und die Unternehmer wissen auch, weshalb dem so ist: Laut Arbeitgeberpräsident Locher sind es schlechte Rahmenbedingungen – dies besonders in der Steuer- und der Umweltpolitik sowie in der Raumplanung. Locher weiter: «Obwohl die Gründe für die Stagnation zur Genüge bekannt sind, mangelt es am politischen Willen, die notwendigen Verbesserungen der Rahmenbedingungen durchzusetzen und die vorhandenen Potenziale zur Wertschöpfung zu nutzen.»

Eine Ressourcenrente schaffen
Die Experten listen in ihrem Manifest zuhanden der Politik konkrete Empfehlungen auf, wie das vorhandene Potenzial genutzt werden könnte, um die überlebenswichtigen zwei Prozent Wirtschaftswachstum pro Jahr generieren zu können. Hier einige Beispiele:

- Kostenoptimierung im Strassenbau, Verkehr, Bildung und Sozialwesen.
- Sicherstellen der Effizienz bei Investitionen in Infrastrukturprojekte.
- Gemeindestrukturen reorganisieren.
- Wasserzinsen in der Elektrizitätswirtschaft in eine Ressourcenrente umwandeln, die sich am Gewinn orientiert, der dann in Graubünden versteuert werden muss.
- Lenkungsabgabe bei Zweitwohnungen zur Abgeltung der Infrastrukturkosten in den Gemeinden.
- Eine Tiefsteuerstrategie umsetzen, um neue Firmen und vermögende Private nach Graubünden zu locken.

KOMMENTAR 5. SPALTE

KOMMENTAR

DIE ZEICHEN DER ZEIT NICHT ERKANNT

Von Dario Morandi

Nun haben es die Politikerinnen und Politiker im Wirtschaftsleitbild Graubünden schwarz auf weiss: Geben sie nicht umgehend Gegensteuer, läuft die Wirtschaft über kurz oder lang aus dem Ruder. Zwei Prozent Wirtschaftswachstum sollten es pro Jahr sein, damit Graubünden über die Runden kommt. Ob der Weckruf der Wirtschaftsverbände, die diesen in ein wachstumspolitisches Manifest gekleidet haben, tatsächlich gehört wird, darf indessen bezweifelt werden. Denn wohl nirgends sind Selbstgerechtigkeit, Inkompetenz, Ignoranz und Schwerfälligkeit so weit verbreitet wie in der Politik.

Während es im Gebälk der Wirtschaft wegen der Finanzkrise bereits bedrohlich kracht, diskutiert man in der geschützten Werkstätte des Grossen Rates lieber über den «unentgeltlichen Zugang sämtlicher Notariatspersonen zum Grundbuch». Die Politik erkennt, wie leider so oft, die Zeichen der Zeit nicht. Warum sollte sie auch? Die Steuergelder fließen üppig, der Kanton sitzt auf Reserven in Höhe einer halben Milliarde Franken. Was soll man sich da aufregen? Und die Finanzkrise, die findet doch eh nur im Ausland statt. Darum ist es wichtig, dass die Wirtschaftsverbände mit einem wachstumspolitischen Manifest auf die Pauke hauen.

Das Thema während der Oktobersession des Grossen Rates hätte denn auch ganz klar eine Debatte über ein Massnahmenpaket zur Ankurbelung der Wirtschaft sein müssen. Aber das hätte letztlich eine ganze Serie von zum Teil ungemütlichen Reformen nach sich gezogen. Und das ist, wie die Erfahrung zeigt, nur bedingt im Sinne des Kantonsparlaments. Doch wer weiss: Vielleicht erkennen die 120 Damen und Herren doch noch den Ernst der Lage und schnüren demnächst ein Wachstumspaket für den Kanton Graubünden. Wie heisst es doch so schön? Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Quelle: Die Südostschweiz am Sonntag, 16. November 2008

2.2 Potenzial Wasserkraft: Wachstumschancen für den Kanton Graubünden

Beschreibung

Ende August 2008 veröffentlichte das Wirtschaftsforum Graubünden die Studie *Strom – Bündner Exportprodukt mit Zukunft*. Die Studie dokumentiert die volkswirtschaftliche Bedeutung und die Potenziale der Elektrizitätswirtschaft im Kanton Graubünden aus wachstumsorientierter Sicht. Das Wirtschaftsforum Graubünden zeigt auf, dass aufgrund mittelfristig steigenden Strompreisen die **Bündner Elektrizitätswirtschaft ein Wachstumspotenzial von mehreren 100 Mio. CHF aufweist**, welches unter den aktuellen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen jedoch nur zum Teil oder gar nicht ausgeschöpft werden kann. Der Hauptgrund liegt in der aktuellen Besteuerung der Partnerwerke und dem Wasserzinssystem, das nicht an ein marktwirtschaftliches System angepasst sind. Vor diesem Hintergrund hat das Wirtschaftsforum einen Aktionsplan für eine zukünftige Elektrizitätswirtschaftspolitik im Kanton Graubünden erarbeitet, welche den marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen entspricht.

Stand der Arbeiten

Der Bericht *Strom – Bündner Exportprodukt mit Zukunft* wurde mittels einer Medienmitteilung am 29. August lanciert und ist in Graubünden, aber auch in anderen Landesteilen auf grosses Interesse gestossen. Mehr als 1'000 Exemplare des Berichts wurden versandt. Nebst einer ausführlichen Berichterstattung durch die einheimischen Medien wurde die Studie in der NZZ vom 20. Oktober referenziert und ausführlich gewürdigt. Zudem konnte das Wirtschaftsforum Graubünden die Studie mittels Referaten betroffenen Kreisen aus Wirtschaft und Politik vorstellen.

Es ist davon auszugehen, dass die Energiepolitik auch in den nächsten Jahren eine zentrale Rolle auf der politischen Agenda einnehmen wird – sowohl national als auch international. Klimawandel, volatile Ölpreise und Versorgungsengpässe werden uns weiterhin beschäftigen. Für den Kanton Graubünden gilt es deshalb, sich so zu positionieren, dass die wirtschaftlichen Potenziale der Wasserkraft optimal ausgeschöpft werden können. Das Wirtschaftsforum Graubünden wird zu diesem Zweck weiterhin die internationale und nationale Entwicklung eng verfolgen und allfällige Auswirkungen auf Graubünden interpretieren. Zudem wird das Wirtschaftsforum die in der Studie entwickelten Ideen mit Verwaltung, Politik und Wirtschaft in Graubünden diskutieren.

Die Bündner Stromwirtschaft hat ein Milliarden-Potenzial

Die Bündner Stromwirtschaft könnte jährlich 1,2 Milliarden Franken mehr verdienen: Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Wirtschaftsforums Graubünden. Nötig sind aber richtige Weichenstellungen.

Von Olivier Berger

Chur. – Die Bündner Elektrizitätswirtschaft steuert heute schon neun Prozent zur gesamten Exportwertschöpfung im Kanton bei. Für das Wirtschaftsforum Graubünden ist das Potenzial aber längst nicht ausgeschöpft. Im günstigsten Fall könnte laut einer aktuellen Studie des Wirtschaftsforums dereinst rund ein Drittel der kantonalen Exportwertschöpfung durch die Stromwirtschaft erzielt werden.

Die Zahlen, welche die Bündner Denkfabrik in seinem Papier präsentiert, sind eindrücklich: Selbst im ungünstigsten Fall – bei einer Stagnation des Strompreises – kann Graubünden mit Produktion und Handel von Elektrizität 277 Millionen Franken jährlich mehr verdienen als heute. Sollte der Strompreis – wie von vielen Experten erwartet – auf 20 Rappen pro Kilowattstunde steigen, beträgt das theoretische Potenzial der Bündner Stromwirtschaft über 1,2 Milliarden Franken mehr als heute.

Weichenstellungen nötig

Trotz der günstigen Aussichten, zu welchen der steigende Energiebedarf bei gleichzeitig schwindenden Ressourcen beiträgt, droht Graubünden leer auszugehen. Ohne die richtigen politischen Weichenstellungen werde kaum ein Franken aus den zu erwartenden Mehreinnahmen der Elektrizitätswirtschaft nach Graubünden fliessen, warnt das Wirtschaftsforum. Allfällig geringere Niederschläge und eine Verknappung der Produktion we-



Ein Milliarden-Potenzial droht ungenutzt zu bleiben: Mit den Bündner Stauseen wie jenem des Zerweila-Werks oberhalb von Vals liesse sich mehr Geld verdienen. Bild Nadja Simmen

gen neuer Umweltgesetze könnten sogar die noch bestehenden Wachstumspotenziale gefährden, heisst es in der Studie.

Aus diesem Grund hat das Wirtschaftsforum Graubünden einen eigentlichen Aktionsplan für die zukünftige Elektrizitätswirtschaft in Graubünden erarbeitet. Konkrete Massnahmen sieht dieser vor allem in vier Bereichen vor.

- Standortgemeinden und der Kanton befassen sich schon jetzt mit den bevorstehenden Heimfallen von Kraftwerken und arbeiten bei allfälligen Neukonzessionierungen auf für Graubünden bessere Bedingungen hin.

- Die Steuern, welche die Unterländer Partnerwerke in Graubünden bezahlen, sollen an die internationalen Marktpreise für Strom gekoppelt werden.

- Aus den heutigen Wasserzinsen soll eine so genannte Ressourcen-Rente werden, welche den Veränderungen der Strompreise Rechnung trägt.

- Die Bevölkerung soll schliesslich für einen möglichen Ausbau der Wasserkraft sensibilisiert werden.

Steuersenkungen möglich

Das Wirtschaftsforum hat sich auch mit der Verwendung der allfällig zusätzlichen Mittel aus der Stromwirt-

schaft befasst. Sie schlägt in ihrem Papier eine markante Steuersenkung namentlich für juristische Personen vor, um den Standort Graubünden attraktiver zu machen. Sollten alle aus Ressourcen-Rente und neuer Partnerwerkbesteuerung stammenden Mittel in diesem Bereich eingesetzt werden, würden die Unternehmenssteuern in Graubünden unter dem Niveau jener in den Kantonen Zug und Obwalden liegen. Geprüft wurde neben der Beibehaltung des heutigen Systems auch der Einsatz der Mittel für die gezielte Wirtschaftsförderung im Sinne der Verbesserung der generellen Rahmenbedingungen.

Quelle: Die Südostschweiz, 30. August 2008

Die unsichere Zukunft der Städtzürcher Wasserkraft

Zürich kann nach Auslaufen der Wasserrechte nicht darauf zählen, erneut den Zuschlag zu erhalten

Die Stadt Zürich stimmt über den mittelfristigen Ausstieg aus der Atomindustrie ab. Doch Zürich könnte in 30 Jahren auch ein teilweiser und unfreiwilliger Ausstieg aus der Wasserkraft drohen.

ami. Am 30. November stimmt Zürich darüber ab, ob das hiesige Elektrizitätswerk (EWZ) aus der Atomenergie aussteigen soll. Zwar würde der Ausstieg erst erfolgen, wenn die Atomkraftwerke, an denen die Stadt beteiligt ist, vom Netz müssen – aus heutiger Sicht wäre dies in etwa 30 Jahren der Fall. Bereits wird aber kontrovers darüber diskutiert, ob es sinnvoll ist, in einigen Jahrzehnten auf Atomenergie zu verzichten. Unumstritten ist hingegen die Wasserkraft, die zweite wichtige Energiequelle der Stadt Zürich. Das EWZ besitzt 14 Wasserkraftwerke und ist an 5 Partnerwerken beteiligt – zusammen produzierten die Werke 2007 fast 2000 Gigawattstunden. Zum Vergleich: die Beteiligungen des EWZ an Atomkraftwerken generierten in der gleichen Zeit 2300 Gigawattstunden Strom. Die meisten eigenen Wasserkraftwerke befinden sich in Graubünden. Dass die Konzessionen für diese Kraftwerke ebenfalls in rund 30 Jahren auslaufen, ist bisher noch wenig in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Stadtrat Andres Turtler wies allerdings unlängst in einem NZZ-Interview auf diese Problematik hin. Wenn die Stadt Zürich ihre Wasserrechte behalten wolle, müsse sie in den nächsten Jahrzehnten Milliardenbeträge auf die Seite legen, sagte er.

Markt auch bei den Wasserrechten

Einen ersten Vorgeschmack auf die Zeit nach dem Auslaufen der Konzessionen gab es unlängst in der Gemeinde Tinizong-Rona in Mittelbün-

INHALT

Schule zwischen Rehen und Bäumen

Seit Beginn des Schuljahres besuchen zwei Dutzend Kinder die private Waldschule in Baden. Das Projekt setzt auf eine emotionale Beziehung zur Natur und auf entdeckendes Lernen. 31

Zürcher Kultur

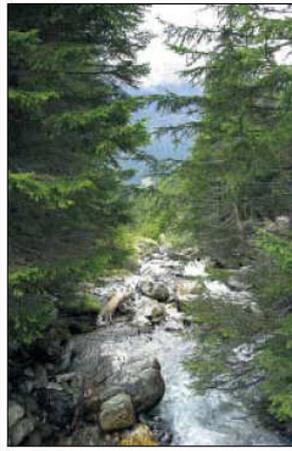
32

den. Sie plant, mit einem Kleinwasserkraftwerk das Wasser und das Gefälle ihres Errbachs zu nutzen. Anstatt jedoch auf das EWZ zuzugehen, das in Tinizong bereits ein grösseres Kraftwerk besitzt, beschloss die Gemeinde, einen sogenannten Gesamtleistungswettbewerb auszuschreiben und dem besten Anbieter die Konzession sowie das Kraftwerkprojekt zu vergeben. Laut den Gemeindebehörden ist Tinizong die erste Gemeinde in der Schweiz, die einen solchen Weg beschreitet. 10 Energieunternehmen nahmen am Wettbewerb teil. «Wir waren überrascht, dass sich auch die grossen Schweizer Gesellschaften um unseren Errbach gerissen haben», erzählt Gemeindevizeiter Mario Dosch. Das EWZ, die BKW FMB Energie AG und Atel schafften es in die engere Wahl. Laut Dosch waren die Kraftwerkprojekte der drei Firmen aus technischer Sicht sehr ähnlich. Dass die Berner Kraftwerke den Zuschlag erhalten haben, habe allein am Geld gelegen, sagt Dosch. Die Berner versprochen der Gemeinde die höchsten jährlichen Zahlungen. Konkrete Beträge nennt die Gemeinde nicht.

Aus heutiger Sicht und ohne genaue Zahlenkenntnis lässt sich nur schwerlich beurteilen, ob das EWZ den Markt verschlafen hatte und mit seinem Angebot zu tief lag oder ob die Berner das Kleinwasserkraftwerk zu teuer ersteigerten. Das Beispiel zeigt aber deutlich, womit das EWZ und auch andere Schweizer Elektrizitätsgesellschaften bei der Erneuerung ihrer Konzessionen in Zukunft rechnen müssen: mit Wettbewerb und damit mit beachtlichen Preisaufschlägen. Dass das EWZ bereits über 100 Jahre in Graubünden ist, zum Teil kühne und riskoreiche Wasserkraftprojekte gebaut hat und gut verankert ist, dürfte den Zürchern bei der Vergabe der neuen Konzessionen zwar sicherlich nützen, am Ende wird jedoch das Geld den Ausschlag geben.

Graubünden und die anderen Gebirgskantone besitzen mit ihrer Wasserkraft heute eigentlich fast unbezahlbare Ressourcen. Die Strompreise an den internationalen Energiemärkten kennen seit einigen Jahren nur eine Richtung: nach oben. Von diesen Preissteigerungen konnte Graubünden bisher allerdings kaum profitieren, wie eine kürzlich publizierte Studie des Think-Tanks Wirtschaftsforum Graubünden festhält. Die Kraftwerkunternehmen in Graubünden gehören zu

zwei Dritteln ausserkantonalen Elektrizitätsgesellschaften. Allein Stadt und Kanton Zürich besitzen über das EWZ und die Axpo 35 Prozent der Bündner Stromproduktion. Ein grosser Teil des aus höheren Strompreisen resultierenden Gewinns wird jedoch nicht in den Umsätzen der Kraftwerke in Graubünden ausgewiesen und deshalb auch nicht dort versteuert. Vielmehr fällt er als Gewinn aus dem internationalen Handel bei den Muttergesellschaften oder bei den Konsumenten in Form von tiefen Strompreisen an. Würden die Umsätze sämtlicher Kraftwerke in Graubünden zu Marktpreisen berechnet, wird in der Studie vorgeschätzt, fielen ein zusätzlicher Gewinn von 143 Millionen Franken an. Ginge man zudem davon aus, dass der durchschnittliche Strompreis der Produzenten an der europäischen



Der Errbach in Tinizong-Rona.

GORIANA MELIK

Energiebörse (EEX) in Leipzig von heute rund 8 Rappen auf 20 Rappen/kWh klettert, könnte ein zusätzlicher Gewinn von über 1 Milliarde Franken resultieren. Graubünden, so der Schluss aus diesen Überlegungen, könne nur dann von den Strompreiserhöhungen profitieren, wenn es gelingt, die potenziellen Umsätze am Standort Graubünden zu realisieren, zu versteuern und zu reinvestieren.

Wasserzins an Strompreis koppeln

Die Studie schlägt deshalb vor, sich vom heute geltenden System von festen, nach oben limitierten Wasserzinsen zu verabschieden und ein sogenanntes Ressourcenrentensystem einzuführen. Danach würden die Wasserzinsen an die Strompreise beziehungsweise an die Gewinne der Elektrizitätsunternehmen gekoppelt. So könnten auch die Standortgemeinden von den hohen Strompreisen profitieren. Der Vorschlag stammt ursprünglich vom ETH-Institut Centre for Energy Policy and Economics und hatte bereits vor fünf Jahren zur Diskussion gestanden. «Damals herrschte jedoch kaum ein transparenter Markt, und man wusste deshalb auch nicht, wie hoch der Strompreis tatsächlich ist», sagt Peder Plaz, Geschäftsführer des Wirtschaftsforums Graubünden und Co-Autor der Studie. Dies sei einer der Gründe gewesen, weshalb die Gebirgskantone den Vorschlag verworfen. Heute sei dies einfacher. Der Strompreis werde zumindest teilweise an der Leipziger Börse eruiert, erklärt Plaz. Dass die Gebirgskantone auch heute noch zögerten, sich einem solchen Systemwechsel zu nähern, liege daran, dass sie sich davor scheuten, von bestehenden und damit auch planbaren Wasserzinsen wegzugehen. Ausserdem bedeuteten feste Wasserzinsen, dass jede Gemeinde mit Wasserkraft gleich viel erhalte, unabhängig davon, wie das Kraftwerk wirtschaftet. Aus der Ressourcenrente würden unterschiedlich hohe Einnahmen für die Gemeinden resultieren.

Auch wenn die Gebirgskantone heute in erster Linie versuchen, die vom Bund festgesetzte Obergrenze der Wasserzinsen – sie liegt gegenwärtig umgerechnet bei 1,1 Rappen/kWh – zu erhöhen, ist das vorgeschlagene Modell ein möglicher Weg für die Zukunft. Darauf müssen sich das EWZ und andere Werke ebenfalls einstellen.

Quelle: NZZ, 20. Oktober 2008

2.3 Neue Wege in der Zweitwohnungspolitik

Beschreibung

Mitte September 2006 veröffentlichte das Wirtschaftsforum Graubünden die Studie *Neue Wege in der Zweitwohnungspolitik*. Darin werden die Chancen und Herausforderungen des Zweitwohnungsbaus analysiert und Lösungsansätze für einen potenzialorientierten Umgang mit den Zweitwohnungen entwickelt. **Der eher passiven Politik der Schadensbegrenzung und Symptombekämpfung stellt das Wirtschaftsforum eine aktive, wertschöpfungsorientierte Zweitwohnungspolitik entgegen**, welche die wirtschaftlichen Chancen aus der Zweitwohnungsnachfrage nutzt um den Tourismusdestinationen neue Perspektiven zu eröffnen. Dazu gehören z.B. Überlegungen zur Ansiedlung neuer Hotels oder hotelähnlicher Beherbergungssysteme, zur Masterplanung auf Gemeindeebene, zu finanziellen Lenkungsstrategien oder zur Versteigerung von allfälligen Zweitwohnungskontingenten.

Stand der Arbeiten

Aufgrund der Auslegeordnung aus dem Jahr 2006 wurde das Wirtschaftsforum Graubünden zu einem der wichtigsten Ideengeber in der Zweitwohnungspolitik. Vertreter des Wirtschaftsforums wurden an verschiedenen lokalen, kantonalen und nationalen Anlässen als Referenten eingeladen. Auch zwei Jahre nach dem Erscheinen der Broschüre konnten im Berichtsjahr gegen 500 Exemplare an interessierte Personen, überwiegend aus Verwaltung, Politik und Bildung/Wissenschaft versandt werden. Dies zeigt, welche Bedeutung die Publikation *Neue Wege in der Zweitwohnungspolitik* in Fachkreisen genießt.

Werden die derzeit vorliegenden Vorschläge und Konzeptionen von „Zweitwohnungsmassnahmen“ betrachtet, so ist die Handschrift des Wirtschaftsforums Graubünden unverkennbar. Obwohl das Wirtschaftsforum keine Politiken direkt beeinflussen kann, ist der Einfluss der durch das Wirtschaftsforum Graubünden entwickelten Ideen bei der Herangehensweise, den politischen Zielsetzungen und den verwendeten Instrumenten in vielen Gemeinden, Regionen und bei den wichtigsten Tourismuskantonen ersichtlich.

In den nächsten Jahren gilt es nun, diese politischen Konzeptionen umzusetzen und, wenn nötig, zu optimieren bzw. im Detail anzupassen. Hierbei wird das Wirtschaftsforum weiterhin als Referent und Diskussionspartner zur Verfügung stehen. Es dürfte sinnvoll sein, in drei bis vier Jahren bezüglich der Zweitwohnungsentwicklung eine Zwischenbilanz zu ziehen.

«Restrendscher nun es la soluziun optimala»

Peder Plaz ha referi davart la politica da las seguondas abitaziuns

DA MARIO PULT / ANR

■ Il cussagl cumünal da Scuol ha giavischà al perit Peder Plaz d'orientar davart la pussibilità dal cumün politic per chattar soluziuns a la problematica da las seguondas abitaziuns. Peder Plaz es manader da gestiun dal Forum d'economia dal chantun Grischun e s'occupa cun la problematica surmanzunada. Seis referat ha demuossà l'intera problematica da la fatschenda ed ils preschaints han survigni impuls ch'al politiker pigliaran a cour ed examineran mantüdamain.

L'importanza dal «Masterplan»

Peder Plaz ha cumanzà seis referat cun la constataziun: «I's legia adüna darcheu da cumbsats tanter la lobby da fabrica e la lobby da l'ambient, ma tuottas duos stuessan avair l'interess per la chosa sves ch'è il svilup turistic.» Il model ideal preveza ch'ün cumün haja ün minz commercial cun bancas, hotels, butias e telefericas ch'è il motor dal cumün. Intuorn quist minz sun las chasas cun prümas e seguondas abitaziuns. Tenor il referent esa problematic da separar quists duos möds d'abitar: «I's tratta da ponderar co ch'è po integrar meglder la glieud chi sta illas seguondas abitaziuns per chi detta üna cumünanza solidarica.» El ha muossà ils differents problems e las strategias cha la construcziun da seguondas abitaziuns cuntegna. Las persistenzas socialas, ecologicas ed economicas stuessan as completer. Quist böt po gnir raggiunt il meglder cun la creaziun d'üna planisaziun globala, nomnada Masterplan. El cuntegna



Il manader da gestiun dal Forum d'economia dal chantun Grischun, Peder Plaz e'l capo da Scuol, Jon Domenico Parolini s'intrategnan davo la radunanza d'informaziun davart las pussibilitats dal cumün per ün svilup turistic persistent. FOTO M. PULT

las prescripziuns da fabrica e las zonas da planisaziun e permetta d'intervgnir a regard il sguaz da terrain e po eir promover l'hotellaria.

Pussibilitats d'intervenziun da la vart dal cumün

«Avant 60 ons faiva mincha cumün sia meglioraziun agricula, uossa stuess far mincha destinaziun üna meglioraziun turistica», ha manà Plaz. Cha quai güdess a realisar las lavuors necessarias sco la promoziun d'economia e da turissem e la politica sociala e fiscal. «Hozindì as

doda suvent da la contingentaziun. Quista sa esser ün instrumaint effiziant causa ch'ella frena il svilup e dà temp per ponderar. Ella nun es però buna da schoglier il problem be suletta. In mincha cas as stoja esser pront da ris-char alch, e quai suvent sainza garanzia, per pudair exister stl marchà turistic», ha dit l'expert. La promoziun d'hotels stess tenor el esser pragmatica, ella pretenda üna politica da terrain activa cun üna planisaziun e prescripziuns da fabrica bainponderadas. Per evitar ils lets fruids da las seguondas abitaziuns daja la pussibilità da tour in-

fluenza cun far pajar taxas als possessuors chi nu tillas dan a fit.

Che dess far Scuol?

Il manader da gestiun dal Forum d'economia dal Grischun ha fat plüssas propostas chi gidan al cussagl cumünal a chattar bunas soluziuns. Ün cumanzament salidaivel gnarà far bainbod cun la realisaziun dal plan general da fuormaziun sco pro'l proget da l'areal in Chaschiners e dala parcella da la Villa Polenta. Peder Plaz ha explicà: «La promoziun d'hotels pretenda flexibilità da pla-

nisaziun cun trar a nüz sinergias d'infrastructura. La planisaziun locala sto tour resguard stils bsögnis turistics, id es da definir che lets chi sun da promover e chennuns da restrendscher.» Cha plünavant sajan la contingentaziun annuala e l'inchant dals contingents sco eir las taxas stin seguondas abitaziuns chi nu vegnan dattas a fit instrumaints da diriger, ha agiunt il referent. Quai sun ün pèr propostas chi permettessan al cumün da tour darcheu in man las mastrinas dal svilup turistic da maniera cha quist saja eir propcha persistent.

La Lex Koller

Pel manader da gestiun dal Forum d'economia dal Grischun, Peder Plaz, esa cler cha la confederaziun nu po simplamaing be levar la Lex Koller: «Las consequenzas socialas e d'ambient chaschunessan gronds problems. La problematica da quista ledscha es cha las abitaziuns vegnan vendüdas bod be a Svizzers chi tillas douvran be sporadicamaing. I nu's po neir realisar resorts chi permettessan ad esters da fittar inavant las abitaziuns.» El giavüschess cha la confederaziun definiss da nouv ils resorts e ch'al chantun Grischun applichess da maniera intelligenta il contingent annual d'abitaziuns, per exaimpel cun 70 pertschient oblig da fittar e cun inchantar il rest a quels chi spordschan il plü bler.

Quelle: La Quotidiana, 21. Februar 2008

Wertschöpfungsorientierte Zweitwohnungspolitik: Anreize und Leitplanken

Bei den Diskussionen über den Zweitwohnungsbau stehen der Landschaftsverbrauch, die bauliche Verunstaltung von Orten, die steigenden Immobilienpreise sowie die abnehmende Verfügbarkeit vermietbarer Betten im Zentrum der Kritik. Trotz dieser Probleme stellen Zweitwohnungen für die betroffenen Regionen eine wichtige Wertschöpfungsquelle dar. In diesem Beitrag werden verschiedene Ansätze vorgestellt, mit denen die unerwünschten Nebeneffekte des Zweitwohnungsbaus kontrolliert und die Nachfrage nach Zweitwohnungen so gelenkt werden können, dass auf lange Sicht attraktive und wirtschaftlich starke Tourismusdestinationen entstehen.



In den letzten Jahren sind verschiedene Gemeinden dazu übergegangen, den Zweitwohnungsbau auf eine gewisse Anzahl Quadratmeter pro Jahr zu beschränken. Diese Kontingentierung kann zwar als Übergangslösung zu einer aktiveren Zweitwohnungspolitik sinnvoll sein, löst aber keine der langfristigen Probleme. Bild: KeyStone

Tourismusexperten sind sich heute einig, dass die touristischen Destinationen eine zukunftsgerichtete Zweitwohnungspolitik umsetzen müssen, wenn sie nicht riskieren wollen, dass das Zweitwohnungsgeschäft längerfristig den kommerziellen Kern der Destination – und somit deren Wirtschaftsmotor – abwürgt. Viele Tourismusorte stehen an einem Scheidepunkt: Entweder sie überlassen die Destination den Marktkräften mit all ihren Konsequenzen, oder aber sie fördern gezielt die nachhaltige Entwicklung der Destination. Unserer Meinung nach sollen die zu ergreifenden Massnahmen dem vorrangigen Ziel ausgerichtet sein, global konkurrenzfähige Tourismusdestinationen zu gestalten.



Peder Plaz
Geschäftsführer
Wirtschaftsforum
Graubünden, Chur

Vielältige Herausforderungen erfordern Instrumenten-Mix

Es gibt kein Instrument, das alle Probleme des Zweitwohnungsbaus alleine lösen kann. Die Kantone als verantwortliche Instanz für die Richtplanung sind gefordert, einerseits von den Tourismusgemeinden eine explizite Zweitwohnungspolitik zu verlangen, andererseits ihnen eine Auswahl an nützlichen Instrumenten zur Verfügung zu stellen, sodass die Gemeinden aus diesem Werkzeugkasten der Destinationsentwicklungspolitik die für ihre individuellen Bedürfnisse am besten geeigneten Instrumente auswählen können.

Dieser Werkzeugkasten der Zweitwohnungspolitik baut auf folgende Ansatzpunkte auf:

- Definition von förderungswürdigen und zu beschränkenden Wohnungstypen;
- Einschränkung der Zweitwohnungen durch jährliche Kontingentierung als Sofortmassnahme;
- Überprüfung der Ortsplanung hinsichtlich des angestrebten Endprodukts;
- Aktive Ansiedlung von kommerziellen Beherbergungssystemen;

Quelle: Die Volkswirtschaft, Ausgabe Mai 2008
(kompletter Artikel auf der Website des Wirtschaftsforums unter Downloads / Berichte verfügbar)

2.4 Inputreferate und Workshops 2008

Zur Sensibilisierung von Bevölkerung, Wirtschaft und Politik für aktuelle wirtschaftliche Herausforderungen organisiert das Wirtschaftsforum Graubünden jährlich verschiedene öffentliche Veranstaltungen oder tritt auf Einladung als Referent auf.

Datum, Ort	Ausgewählte Veranstaltungen/Referate
18. November 2008 Landquart	Strom - Bündner Exportprodukt mit Zukunft ; Dr. Christian Hanser anlässlich der Kaderinformation der Raetia Energie Schweiz AG
12. November 2008 Chur	Wachstum für Graubünden ; Dr. Christian Hanser anlässlich der Jahresversammlung von Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden
3. Oktober 2008 Grüsch-Danusa	Denkwerkstatt Graubünden - Ein Einblick ; Alois Vinzens anlässlich der Gipfelstürmertagung des Bündner Gewerbeverbandes
28. August 2008 Landquart	Strom - Bündner Exportprodukt mit Zukunft ; Dr. Christian Hanser anlässlich der Geschäftsleitungssitzung der Raetia Energie AG
18. Juni 2008 San Bernardino	Entwicklung San Bernardino - Bestandesaufnahme, Herausforderungen und Ansatzpunkte ; Peder Plaz anlässlich des Workshops in San Bernardino
12. Juni 2008 Chur	Hotellerie Chur und Umgebung - Überlegungen zu den Entwicklungsperspektiven ; Peder Plaz anlässlich der Generalversammlung des Hoteliervereins Chur und Umgebung
28. Mai 2008 Chur	Stellungnahme Richtplan Oberengadin ; Peder Plaz anlässlich der Vorstandssitzung des Hoteliervereins Graubünden
26. Mai 2008 Zug	Podiumsdiskussion zur Aufhebung der Lex Koller ; Peder Plaz anlässlich der Veranstaltung „Auslaufmodell Lex Koller – Wie weiter?“ von Avenir Suisse und dem Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ
10. April 2008 Bergün	Wirtschaftliche Aspekte Zweitwohnungspolitik ; Peder Plaz anlässlich des Workshops Zweitwohnungsbau des Bündner Planerkreises
28. März 2008 Scuol	Strom – Bündner Exportprodukt mit Zukunft ; Peder Plaz anlässlich der Landtagung des Wirtschaftsforums Graubünden
3. März 2008 Zürich	Neue Wege in der Zweitwohnungspolitik - Instrumente und Aktionsplan ; Peder Plaz anlässlich der Geschäftsleitungssitzung von Schweiz Tourismus
18. Februar 2008 Scuol	Zweitwohnungspolitik - Mögliche Strategien für Scuol ; Peder Plaz anlässlich der Gemeindeversammlung in Scuol
8. Februar 2008 Guarda	Guarda - Trends und Konsequenzen ; Peder Plaz anlässlich der Versammlung in Guarda
23. Januar 2008 Bern	Neue Wege in der Zweitwohnungspolitik – Instrumente und Aktionsplan ; Peder Plaz anlässlich des Spitzentreffens der Schweizer Tourismuswirtschaft
14. Januar 2008 St. Moritz	Zweitwohnungspolitik ; Peder Plaz anlässlich der Vorstandssitzung des Hoteliervereins Graubünden

2.5 Ausblick 2009

Für das Jahr 2009 hat der Stiftungsrat beschlossen, das Thema *Tiefsteuerstrategie für den Kanton Graubünden* mittels einer Fokusstudie zu vertiefen. Im Rahmen dieses Projektes sollen Ziele und Machbarkeit, sowie Auswirkungen einer Tiefsteuerstrategie, welche langfristig die Attraktivität des Wohn- und Arbeitsstandorts Graubünden sicherstellt, ausgearbeitet werden. Dabei können die Befunde der beiden früheren Studien zur Zweitwohnungs- und zur Elektrizitätswirtschaft in Graubünden in idealer Art und Weise weiter verwendet und verarbeitet werden: Die Idee ist es, eine Tiefsteuerstrategie zu konzipieren, welche auf die potenziellen Einnahmen aus der Wasserkraft- und Zweitwohnungswirtschaft zurückgreift, um kurz- und mittelfristig entstehende Einnahmelücken zu decken.

Nebst dem Schwerpunktthema Tiefsteuerstrategie wird das Wirtschaftsforum Graubünden im Jahr 2009 die Umsetzung der zu einem Wachstumspaket verdichteten Stossrichtungen aus dem Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010 weiterverfolgen. Dabei bleibt das Wirtschaftsforum Graubünden mit relevanten Kreisen gezielt im Dialog und stellt, wenn nötig, Diskussionsgrundlagen zum Thema bereit.

3 Publikationen und Website

3.1 Publikationen

Folgende Broschüren können beim Wirtschaftsforum Graubünden bezogen werden:

Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010: Rückblick und Ausblick (2008)

Strom – Bündner Exportprodukt mit Zukunft. Herausforderungen der künftigen Elektrizitätswirtschaftspolitik im Kanton Graubünden (2008)

Neue Wege in der Zweitwohnungspolitik – Problemanalyse und Diskussionsvorschläge für eine wertschöpfungsorientierte Zweitwohnungspolitik in Graubünden (2006)

Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010 (2004)

Kooperationen in der Bauwirtschaft realisieren (2004)

Hotelkooperationen realisieren – Leitfaden für die Realisierung von Kooperationen und Fusionen in der Ferienhotellerie (2003)

Bergbahnen Graubünden – Konzepte zur Sicherung des nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolgs (2001)

Leitfaden zur Erstellung eines Businessplans für die Bauwirtschaft (1999)

Leitfaden zur Erstellung eines Businessplans für die Hotellerie (1998)

Bericht zur Lage der Bündner Hotellerie (1998)

Publikationen älteren Datums sowie Referate und Berichte sind auf Anfrage beim Wirtschaftsforum Graubünden erhältlich.

3.2 Website www.wirtschaftsforum-gr.ch

Das Informationsangebot des Wirtschaftsforums Graubünden im Internet wird rege genutzt. Der elektronische Newsletter des Wirtschaftsforums zählt derzeit über 800 Abonnentinnen und Abonnenten. Die Seite verzeichnete im Jahr 2008 ca. 10'700 Besuche, was für eine hoch spezialisierte Website, die nur für die zielgerichtete Informationsrecherche „angesteuert“ wird, ein sehr erfreulicher Wert darstellt.

Neben Angaben über seine Ziele, Tätigkeit und Organisation stellt das Wirtschaftsforum auf www.wirtschaftsforum-gr.ch Informationen und Materialien zu laufenden Projekten und aktuellen Veranstaltungen sowie einen Pressespiegel zur Verfügung. Ein grosser Teil der Publikationen wie auch sämtliche Referate des Wirtschaftsforums stehen zum Download bereit, dazu Publikationen Dritter wie „PULS – Das Bündner Wirtschaftsmagazin“.



Home

Home

- Home
- Aktuell
- Projekte und Veranstaltungen
- Publikationen
- Downloads
- Aufgaben und Ziele
- Organisation
- Partner
- Jahresberichte
- Referentenleistungen
- Unterstützung Wifo
- Kontakt
- Newsletter

Suche:

Südostschweiz NeMedia

Home

Herzlich willkommen auf der Website des Wirtschaftsforums Graubünden. Aktuell können wir Ihnen folgende Angebote unterbreiten:

Wirtschaftsstandort GR im 2008

Gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft hat das Wirtschaftsforum die im Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010 vorgeschlagenen Stossrichtungen überprüft und kommentiert. [\(mehr dazu\)](#)

Elektrizitätswirtschaftspolitik

Das Wirtschaftsforum Graubünden setzt sich in seiner neuesten Publikation intensiv mit dem Thema Elektrizitätswirtschaftspolitik auseinander. [\(mehr dazu\)](#)

Analysen zum Wirtschaftsstandort Graubünden

Das Wirtschaftsforum Graubünden setzt sich mit dem Wirtschaftsstandort Graubünden intensiv auseinander und publiziert seine Erkenntnisse in Form von Berichten und Referaten. Profitieren auch Sie vom erarbeiteten Wissen. [\(mehr dazu\)](#)

Zweitwohnungen

Die Nachfrage nach Zweitwohnungen ist für den Kanton Graubünden ein bedeutender volkswirtschaftlicher Faktor, sorgt aber auch immer wieder für kontroverse Diskussionen. Das Wirtschaftsforum Graubünden entwickelt im Rahmen einer Studie Lösungsansätze für einen nachhaltigen Umgang mit den Zweitwohnungen. [\(mehr dazu\)](#)

Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010

Das Wirtschaftsforum Graubünden bietet allen Interessierten an, sich das Wirtschaftsleitbild im Rahmen von Veranstaltungen und Sitzungen erläutern zu lassen. [\(mehr dazu\)](#)

Newsletter

Abonnieren Sie unseren Newsletter und erhalten Sie unsere aktuellen Analysen und Veranstaltungshinweise aus erster Hand. [\(mehr dazu\)](#)

4 Organisation

4.1 Ansprechpartner

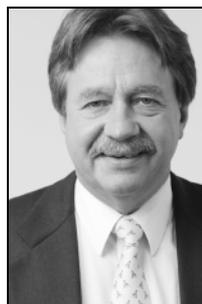
Die Ansprechpartner des Wirtschaftsforums Graubünden:



Alois Vinzens
Präsident



Peder Plaz
Co-Geschäftsführer



Dr. Christian Hanser
Co-Geschäftsführer

Kontakt: Wirtschaftsforum Graubünden
Postfach 704
7001 Chur

Tel. 081 / 253 34 34
Fax 044 / 299 95 10
info@wirtschaftsforum-gr.ch
www.wirtschaftsforum-gr.ch

4.2 Unsere Geldgeber

Dem Wirtschaftsforum Graubünden standen im Berichtsjahr ordentliche Beiträge von rund CHF 300'000 zur Verfügung, die durch folgende Institutionen und Unternehmen finanziert wurden.

Bündner Gewerbeverband, Chur

CREDIT SUISSE, Chur

Die Mobiliar, Bern

EMS-CHEMIE AG, Domat/Ems

*ewz, Elektrizitätswerk der Stadt Zürich,
Sils i. D.*

Graubündner Kantonalbank, Chur

Griston Holding AG, Untervaz

*Handelskammer und Arbeitgeber-
verband, Chur*

Hotelierverein Graubünden, Chur

Kanton Graubünden, Chur

Kieswerk Calanda AG, Chur

Raetia Energie AG, Poschiavo

Südostschweiz Mediengruppe AG, Chur

UBS AG, Chur

Das Wirtschaftsforum dankt allen Geldgebern und Projektpartnern des Geschäftsjahres 2008 herzlich für ihr Engagement und das entgegengebrachte Vertrauen.

4.3 Stiftungsrat

Präsident

Vinzens Alois	CEO Graubündner Kantonalbank	Chur
---------------	------------------------------	------

Mitglieder

Arpagaus Eugen	Vorsteher Amt für Wirtschaft und Tourismus	Chur
Bobst Kurt	CEO Raetia Energie AG	Poschiavo
Curschellas Silvio	UBS AG, Leiter Marktgebiet Graubünden	Chur
Decasper Urs	Credit Suisse, Leiter Managementteam Nordbünden	Chur
Degiacomi Silvia	Hotelière, Hotel Bären	St. Moritz
Frey Riet	Hotelier, Hotel Meierhof	Davos
Gunzinger Philipp	Direktor Bogn Engiadina Scuol	Scuol
Immler, Dr. Ulrich	Präsident Stiftung Kantonsspital Graubünden	Pontresina
Jeker Leo	Direktor Savognin Bergbahnen AG	Landquart
Lebrument Hanspeter	Verleger der Südostschweiz Mediengruppe	Chur
Locher Ludwig	Direktor EMS-Services, Präsident Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden, Präsident HTW Chur	Domat/Ems
Locher Vitus	Sekretär UNIA	Domat/Ems
Luzi Gieri	dipl. ing. ETH/SIA	Summaprada
Maissen, Dr. Theo	Ständerat, Präsident CVP Graubünden	Sevgein
Oswald, Dr. Rolf	Dozent BAÖA	Chur
Parolini, Dr. Jon Domenic	Gemeindepräsident Scuol	Scuol
Schädler Urs	Präsident Bündner Gewerbeverband	Chur
Suenderhauf Christoph	lic. iur. Rechtsanwalt	Chur
Trachsel Hansjörg	Regierungsrat, Vorsteher des Departements für Volkswirtschaft und Soziales	Chur
von Navarini Elsbeth	Markt- und Standort-Consultant	Chur
von Sprecher Andreas	lic. iur., Anwaltskanzlei Hüppi, Zentralpräsident Pro Raetia	Zürich

4.4 Patronatskomitee

Alle Mitglieder des Stiftungsrates sowie ...

Name	Vorname	Organisation/Funktion	Ort
Aliesch	Christian		Chur
Aliesch	Peter, Dr.		Malans
Allemann	Richard		Chur
Bachmann	Ernst	Amt für Energie und Verkehr, Vorsteher	
Bär	Werner		Jenaz
Barth	Peter	Gemeindepräsident	St. Moritz
Beck	Lorenz		Langwies
Beck	Otto		Untervaz
Behlau	Hartmut		Flurlingen
Bertogg	Reto		Sevgein
Bezzola	Duri	Grossrat	Samedan
Bieger	Thomas, Prof. Dr.	Direktor IDT, Universität St. Gallen	St. Gallen
Böhi	Werner		Chur
Bolliger	Walter	Bolliger & Partner	Chur
Brändli	Aldo	Trumpf Grünsch AG, Geschäftsführer	Grünsch
Brüesch	Andrea, Dr.	Rechtsanwalt und Notar	Chur
Bühler-Flury	Agathe	Gemeinderätin, Grossrätin	Schiers
Butzerin	Martin	Grossrat	Arosa/Peist
Capatt	Walter	Kieswerk Calanda AG, Geschäftsführer	Chur
Caprez	Christoph	Frostag Food-Centrum AG, Geschäftsführer	Malans
Caprez	Stefan		Chur
Carigiet	Faustin	Fidonza SA, Inhaber	Breil/Brigels
Carigiet	Rico		Ilanz
Carl	Not	lic. iur., Rechtsanwalt	Scuol
Casanova	Thomas		Chur
Cathieni	Pietro		Campocologno
Columberg	Dumeni, Dr.	Alt Nationalrat	Disentis
Crapp	Nino		Churwalden
Dalbert	Conrad		Waltensburg
Domenig	Jürg	Geschäftsführer Hotelierverein Graubünden	Chur
Dürler	Heinz	Acifer Landquart AG	Landquart

Egger	Jürg	Kontaktstelle Wirtschaft Stadt Chur	Chur
Engler	Stefan	Regierungsrat	Chur
Ettisberger	Marco, Dr.	HKGR, Geschäftsführer	Chur
Fasciati	Silvio		Felsberg
Fassi	Theo		Cazis
Flury	Johannes, Dr.	Rektor PHGR	Jenaz
Flütsch	Konrad	Konrad Flütsch AG, Sägewerk, Inhaber	Landquart
Friberg	Marcel		Breil/Brigels
Gadient	Brigitta M.	Nationalrätin	Chur
Gadient	Ulrich, Dr.	Rechtsanwalt und Notar	Chur
Gassmann	Markus	Straub AG, Inhaber	Chur
Geisseler	Hans	Grisobor AG, Geschäftsführer	Untervaz
Gloor	Rolf	Gloor Engineering	Sufers
Graf	Hans Rudolf		Chur
Gross	Mario		Tschierv
Gurtner	Reto	Unternehmer	Laax
Hatz	Hans, Dr.	GKB, Bankpräsident	Chur
Heini	Bruno	Bauunternehmer	Rhätzens
Heller	Dieter	VR-Präsident Stadtbus Chur	Chur
Hensel	Thomas	Gewerkschaftsbund Graubünden	Chur
Hepberger	Markus	Holcim Zement AG, Direktor	Untervaz
Herwig	Hans	Hotelier, Hotel Panarosa	Arosa
Hohenegger	Gottfried	Koordinator Interreg	Sta. Maria
Huber	Klaus	Alt Regierungsrat	Schiers
Huber	Reto		Chur
Hübscher	Rudolf	Gemeindepräsident	Klosters-Seewis
Jecklin	Andrea, Dr.		Chur
Jenal	Eugen	Architekturbüro Jenal AG	Samnaun
Jenal	Franco		Malans
Joos	Hans	FDP Graubünden	Samedan
Juon	Florian		Maienfeld
Jurt	Rolf	Präsident Swiss Engineering STV, Sektion Graubünden	Laax
Kessler	Jürg	HTW Chur, Rektor	Chur
Knobel	Jochen		Trimmis
Knoll	Hermann	HTW Chur	Chur
Kohli	Walter	Präsident Gewerkschaft Unia Region Ostschweiz-Graubünden	Chur
Krättli	Christian	AQS AG, Geschäftsleiter	Trimmis
Lardi	Guido		Poschiavo

Letta	Niculò		Chur
Lietha	Nicola		Davos Dorf
Loepfe	Reto Guido, Dr.	Grossrat	Rhäzüns
Ludwig	Peter	dipl. arch. HTL/STV	Untervaz
Lurati	Franco	Lurati + Co.	Chur
Mathis	Urban	Gemeindepräsident	Jenaz
Meisser	Andrea	Landrat	Davos Platz
Melchior	Andreas	Bündner Kantonalverband der Senioren	Chur
Menet	Christian	Hotel Prätschli	Arosa
Mengiardi	Reto, Dr.		Chur
Mettler	Daniel	Mettler AG	Chur
Mettler	Jan	Mettler AG	Chur
Michel	Hans Peter	Landammann	Davos Platz
Michel	Jürg	Bündner Gewerbeverband, Direktor	Chur
Monsch	Rico	GKB, Mitglied Geschäftsleitung	Chur
Morel	Jürg		Klosters
Müller	Peter	Nay & Partner AG	Chur
Müller-Storni	Paola	Fideconto SA	San Vittore
Nay	Hanspeter	Nay & Partner AG	Chur
Nievergelt	Thomas	Rechtsanwalt und Notar	Samedan
Peng	Werner		Chur
Peterelli	Baltermia	Regionalverband Mittelbünden, Präsident	Savognin
Pleisch	Hans-Peter		Davos Platz
Polinelli	Heinz	Immo-Grischa AG, Geschäftsführer	Chur
Portner	Carlo, Dr.	Rechtsanwalt	Chur
Raess	Arthur	Baumeisterverband Graubünden, Geschäftsführer	Chur
Renggli	Hans		Chur
Roffler	Erwin		Davos Platz
Ryffel	Beat		Felsberg
Saurer	Reto	Architekturbüro	Chur
Schäfli	Ruedi		Chur
Scherrer	Peter	Peter Scherrer + Partner AG	Chur
Schiesser	Hansruedi	Trimarca AG	Chur
Schlumpf	Leon, Dr.	Alt Bundesrat	Felsberg
Schmid	André		Sedrun
Schmid	Martin	Regierungsrat	Chur
Spescha	Valentin	Die Mobiliar, Generalagent	Chur
Theus	Constantin		Chur

Tischhauser	Luzi	Heliswiss	Valbella
Toscano	Edy	dipl. ing. ETH/SIA/ASIC	Effretikon
Tremp	Roland	Stadtrat Stadt Chur	Chur
Tscholl	Bruno		Chur
Valsecchi	Ursina		Flerden
Vital	Vincenz	Gemeindepräsident	Arosa
von Ballmoos-Wehrli	Maria	Concepta AG	Davos Platz
Wälchli	Max		Bonaduz
Waldvogel	Daniel	EMS-Services	Domat/Ems
Walker	Josef	HTW Chur, Leiter Institute	Chur
Walther	Christian		Pontresina
Wieland	Andreas	Hamilton Bonaduz AG, CEO	Chur
Zindel	Martin	Swiss Management Group	Igis
Zinsli	Lorenz	UBS AG	Chur

